

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

Mai 2017

öffentliche magazin

Gewerkschaftspolitik einmal anders:
**Großer Zuspruch
für Parlamentarischen
Frühschoppen**



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



© Friedhelm Windmüller

*Liebe Leserinnen,
lieber Leser,*

das politische Leben in Berlin hat im Frühjahr wieder deutlich mehr Fahrt aufgenommen. Verstärkt ausgefallen sind dementsprechend auch die politischen Aktivitäten des dbb berlin: Insbesondere wurden Gespräche mit dem Regierenden Bürgermeister Michael Müller, Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen und Bildungssektorin Sandra Scheeres geführt. Mit seinem 1. Parlamentarischen Frühschoppen hat der dbb berlin außerdem einen gänzlich neuen Weg der gegenseitigen Verständigung beschritten, der auf Antrieb auf große Resonanz bei Politik und Verwaltung gestoßen ist.

Einen Einblick verschaffen wir unseren Lesern in diesem Heft außerdem in die komplizierte Tarifarbeit, die beim dbb berlin fortlaufend geleistet wird.

Auch unsere Mitgliedsgewerkschaften kommen zu Wort: Die DPoLG will Missstände beim Bereitschaftsdienst und beim Schadenersatz bzw. Schmerzensgeld für Polizeibeamte endlich beseitigt wissen und die DJG hat zu einer Unterschriftenaktion für die Gleichbehandlung aller Justizwachtmeister aufgerufen.

Als interessanten „Berliner Kopf“ stellen wir in dieser Ausgabe den Intendanten des Friedrichstadt-Palastes, Berndt Schmidt, vor, der mit seinem Revue-theater von Welterfolg zu Welterfolg eilt.

Persönlich von Schmidts phantastischer Arbeit beim Friedrichstadt-Palast überzeugen können sich übrigens die Gewinner unseres Preisrätsels, denen VIP-Tickets für die gefeierte Revue „The One“ winken.

Viel Erfolg beim Rätseln und einen sonnigen Mai wünscht Ihnen

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin

Inhalt

Gespräche

Warnung an den Regierenden Bürgermeister	4
Finanzsenator sagt zügige Abwicklung zu	4
Scheeres will vereinheitlichten Schulbau	5

Schwerpunktthema Tarif

Kompliziertes Tarifrecht in bewährten Händen	6
Tarifverträge gibt es in großer Zahl	7

Parlamentarischer Frühschoppen

Gewerkschaftspolitik bei bester Stimmung	8
--	---

Recht

Vereinfachung für Personalräte	9
--------------------------------	---

Aus den Mitgliedsgewerkschaften

DPoLG prangert Missstände an	10
Schulstrukturreform gescheitert?	11
DJG-Unterschriftenaktion	12

Jugend

Engagierte Mitstreiter	13
------------------------	----

Unterhaltung

Preisrätsel	14
-------------	----

Zur Person

Berndt Schmidt und der Friedrichstadt-Palast	15
--	----

Zum guten Schluss

Termine	16
---------	----

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

Redaktion: Annemarie Wellige. **Telefon:** 030.3279520. **Telefax:** 030.32795220. **Internet:** www.dbb.berlin.

E-Mail: post@dbb.berlin. Einzelmitglieder des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

Telefon: 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Internet: www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb.berlin.

Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0.

Telefax: 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacycenter@dbbverlag.de.

Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Anzeigentarif Nr. 14, gültig ab 1.10.2016. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

Layout: FDS, Geldern. **Fotos:** wie angegeben.

Titelbild: Abgeordnetenhaus von Berlin, © Anibal Trejo / Fotolia

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

Gespräch mit dem Regierenden Bürgermeister

dbb Landesleitung drängt auf schnelle Verbesserungen

Die dbb Landesleitung hat bei einem Meinungsaustausch mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, am 20. April 2017 auf unverzügliche Besoldungserhöhungen gedrängt, um wichtige Bereiche der Berliner Verwaltung vor dem Kollaps zu bewahren. Für dbb Landeschef Frank Becker steht der enge Zusammenhang zwischen bedrohlicher Personal- und rückständiger Besoldungsentwicklung völlig außer Frage.

Wenig Verständnis zeigte die dbb Landesleitung deshalb dafür, dass das Land Berlin trotz der aktuellen Warnung des Bundesverwaltungsamtes vor dramatischer Personalnot im öffentlichen Dienst und trotz der Konkurrenzsituationen zum Bund und zum Nachbarland Brandenburg nicht längst die überfällige Besoldungserhöhung unter Dach und Fach gebracht hat. Die Landesleitung des dbb Berlin forderte den Regierenden Bürgermeister deshalb nochmals auf, sich mit allem Nachdruck für die Übertragung des Tarifiergebnisses (zuzüglich eines Plus zur Angleichung an das Besoldungsniveau beim Bund) rückwirkend zum 1. Januar 2017 einzusetzen. Weitere Abwanderungen, insbesondere in Richtung Bundesverwaltung, seien für die Berliner Verwaltung nicht mehr zu verkraften.

In diesem Kontext dürfe auch die Anpassung der Zulagen bei Polizei-, Feuerwehr- und Justizvollzug an



dbb Landeschef Becker (rechts) im Gespräch mit dem Regierenden Bürgermeister Michael Müller

den bei der Bundespolizei gewährten Betrag nicht länger verschleppt werden. Dasselbe gelte für die Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten (DuZ).

Wegen der zugespitzten Situation bei der Nachwuchsgewinnung drängte die dbb Landesleitung bei dem Gespräch darüber hinaus auf attraktivere Ausbildungsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst. So sollte etwa über eine Wiedereinführung eines internen dualen Studienganges für den gehobenen nichttechnischen Dienst nachgedacht werden, um Nachwuchskräfte schon während des Vorbereitungsdienstes enger an den Landesdienstherrn Berlin zu binden.

Von der dbb Landesleitung nahmen neben dem Vorsitzenden Frank Becker seine Stellvertreter Bernd Raue und Ferdinand Horbat sowie das kooptierte Mitglied Thomas Goiny an dem Gespräch teil. ■

Finanzsenator sagt zügige Abwicklung zu

Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen hat in einem Gespräch mit der dbb Landesleitung am 24. April 2017 eine zügige Verabschiedung des Besoldungsanpassungsgesetzes in Aussicht gestellt. Auch wenn

der Senator noch keinen genauen Zeitplan nennen konnte, geht die Landesleitung gegenwärtig davon aus, dass der Gesetzentwurf noch vor der Sommerpause ins Parlament eingebracht wird. ■



Bernd Raue (stellvertretender dbb Landesvorsitzender), Frank Becker (dbb Landesvorsitzender), Ferdinand Horbat, Synnöve Nüchter (beide stellvertretende dbb Landesvorsitzende) sowie ganz rechts Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen (von links)

Bildungssenatorin plant Landeseinrichtung für Schulbau

Der Berliner Schulraumnot und dem hohen Sanierungsbedarf an Schulgebäuden will Bildungssenatorin Sandra Scheeres jetzt mit eigenen Initiativen und Aktivitäten – auch über ihre eigentliche Zuständigkeit hinaus – zu Leibe rücken. In einem Gespräch mit der dbb Landesleitung kündigte sie eine „task force“ zur Abstimmung einer einheitlichen Vorgehensweise mit den Bezirken sowie eine Landeseinrichtung für Schulbau an.

Allerdings bedürfe es hierzu noch weiterer Abstimmungen und Zuständigkeitsverlagerungen, über die noch keine Einigung bestehe. Der dbb berlin, für den der Vorsitzende Frank Becker und seine Stellvertreter Synnöve Nüchter, Bernd Raue und Ferdinand Horbat das Gespräch führten, begrüßte die auf eine vergleichbare Vorgehensweise in allen Bezirken gerichteten Maßnahmen im Interesse der Beschäftigten, aber auch der Schülerinnen und Schüler, betonte aber zugleich die Eilbedürftigkeit der Sanierungsmaßnahmen und Schulneubauten.

Trotz zusätzlicher Haushaltsmittel dürfte die Sanierung nach übereinstimmender Auffassung der Gesprächsteilnehmer allerdings wegen fehlender Stellen in der Bauverwaltung, etwa zur Vorbereitung und Betreuung der baulichen Maßnahmen an den

Schulen, problematisch werden. Hier seien innovative Ideen gefragt. Senatorin Scheeres verwies in diesem Zusammenhang auf das Bezirksamt Neukölln, das sich in Kooperation mit einer Fachhochschule um entsprechenden Nachwuchs für seine Verwaltung bemüht.

Bei den Lehrkräften sieht die Senatsbildungsverwaltung angesichts der angespannten Personalsituation derzeit keine Alternative zu Seiten- und Quereinstiegern, um den Unterricht gewährleisten zu können.

Keine Zustimmung fand die Forderung des dbb berlin nach Verbeamtung der Lehrkräfte bei der Senatorin, obwohl die Attraktivität des Berufs dadurch zweifellos gesteigert würde.

Ferdinand Horbat

Herzlich willkommen BTE!

Der dbb berlin freut sich über seine 36. Mitgliedsgewerkschaft: Am 25. April 2017 wurde die Fachgewerkschaft „BTE Gewerkschaft Mess- und Eichwesen“ einstimmig vom Landeshauptvorstand aufgenommen. Vor der Abstimmung hatte der 2. Vorsitzende des BTE Brandenburg-Berlin, Stephan Swientek, über seine Organisation und die beruflichen Herausforderungen im Mess- und Eichwesen informiert. Das hauptstadt magazin wird das jüngste Mitglied des dbb berlin in einer der nächsten Ausgabe vorstellen.

Weitere Themen, die im Rahmen der Sitzung des Landeshauptvorstandes diskutiert wurden: Besoldungsanpassung im Land Berlin, Veranstaltungen und Seminare des dbb berlin, Berichte aus den Gewerkschaften und Verbänden sowie Haushaltsangelegenheiten des dbb berlin. ■



dbb Landeschef Frank Becker (l.) und der 2. Vorsitzende des BTE Brandenburg-Berlin, Stephan Swientek, freuen sich über den einstimmigen Beschluss.



Das kompetente „Tarif-Team“ des dbb berlin: Bernd Raue und Synnöve Nüchter

dbb berlin

Kompliziertes Tarifrecht in bewährten Händen

Das Tarifrecht im öffentlichen Dienst ist umfangreich und kompliziert. Für den dbb berlin Grund genug, seine Mitglieder aus dem Arbeitnehmerbereich seit vielen Jahren mit einem hochkarätigen Seminarangebot zu schulen. Natürlich werden auch Einzelanfragen zu der komplexen Materie kompetent beantwortet und die Landestarifkommission des dbb berlin mischt bei der Vorbereitung der Einkommensrunden der Länder kräftig mit. Der zuständige Mann für das Tarifrecht, aber auch für alle darüber hinausgehenden Arbeitnehmerfragen ist seit 17 Jahren beim dbb berlin der stellvertretende Landesvorsitzende Bernd Raue, der dem hauptstadt magazin einen allgemeinen Überblick über sein Aufgabengebiet gegeben hat.

Das Tarifrecht (Tarifvertrag TV-L einschließlich des weiterhin relevanten Übergangsrechts TVÜ-L und der Entgeltordnung EGO) sei praktisch fester Bestandteil im Schulungsprogramm des dbb berlin, erläutert Raue. Auch in diesem Jahr werden wieder zwei Veranstaltungen angeboten, davon ein „Tarif SPEZIAL“ zu Eingruppierung und Beauftragungen im Tarifrecht des TV-L. Außerdem werden Fragen des Arbeits- und Sozialrechts ständig in den zahlreichen, von den Teilnehmern durchweg als qualitativ hochwertig bezeichneten Schulungen zum Personalvertretungsgesetz aufgegriffen, etwa Arbeitnehmervorschriften aus dem BGB, Arbeits- und Kündigungsrecht.

Mitgliederwerbung durch Fachwissen

Diese Veranstaltungen, die auch Nichtmitgliedern offenstehen, sind nach Feststellung von Raue auch immer wieder eine Präsentation der hohen Leistungsfähigkeit des dbb berlin und eine Werbung für einen Beitritt in eine seiner Fachgewerkschaften.

Mit der intensiven und immer umfangreicheren Schulungsarbeit ist das Informationsangebot des dbb berlin in Sachen Tarif aber noch lange nicht erschöpft. „Ratsuchende Vertreter von Mitgliedsgewerkschaften werden auf vielen Gebieten unterstützt und gefördert, sowohl aufgrund von

Einzelanfragen zu den unterschiedlichsten Sachverhalten als auch mit allgemeinen Informationsveranstaltungen. Insbesondere nach dem Abschluss von Tarifverhandlungen ist der Informationsbedarf hoch“, stellt Raue fest. Der Grund dafür liegt in der Struktur des Tarifvertrags TV-L und seiner Entgeltordnung, die nicht ständig damit befassten Kolleginnen und Kollegen immer wieder Rätsel aufgibt. „Sämtliche Informationsveranstaltungen, unabhängig von der Anzahl der erwarteten Teilnehmer, werden von den Mitgliedern der Landesleitung des dbb berlin mit der gleichen Wertigkeit durchgeführt. Gewerkschaftszugehörigkeit spielt in diesem Zusammenhang nicht die erste oder entscheidende Rolle, die eigene Darstellung und Mitgliederwerbung sind von erheblicher Bedeutung“, betont Raue in diesem Zusammenhang.

Landestarifkommission erarbeitet Forderungen

Zur Landestarifkommission (LTK) führt der Tarifexperte des dbb berlin aus, dass dort – wie nahezu in allen anderen dbb Landesbünden auch – tarifrecht-

liche Fragen zur Unterstützung der Landesleitung aufgearbeitet werden. Vor allem aber finden hier auch die Vorbereitungen der Tarifverhandlungen zur Entgelterhöhung statt, die in konkrete Vorschläge für die Bundestarifkommission der dbb Bundesorganisation einmünden. Bei den Sitzungen der Bundestarifkommission wiederum wird in der Folge eine von allen Landesbünden des dbb getragene Gesamtforderung zur Tarifrunde der Länder entwickelt.

Die Berliner Landestarifkommission setzt sich aus Vertretern der Mitgliedsgewerkschaften des dbb berlin zusammen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer organisieren.

Der Arbeitnehmerbereich des dbb berlin findet natürlich auch bei der Berliner Politik statt. So nehmen Bernd Raue und das jüngste Mitglied der dbb Landesleitung, Synnöve Nüchter, die mit für die Tarifarbeit des dbb berlin verantwortlich ist, regelmäßig an wichtigen dbb Gesprächen mit Berliner Senatoren, Fraktionen und Parteichefs teil, um spezielle tarifrechtliche Akzente zu setzen. ■

Synnöve Nüchter:

Tarifverträge gibt es in großer Zahl

„Bernd Raue und ich stehen als stellvertretende Vorsitzende des dbb berlin und als Verantwortliche des Bereichs Tarif vor einer großen Aufgabe“, unterstreicht Synnöve Nüchter, die das hauptstadt magazin auf die Vielzahl völlig unterschiedlicher Tarifverträge hinweist. Denn die zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaft zur Regelung von Rechten und Pflichten geschlossenen tariflichen Vereinbarungen erschöpfen sich keineswegs in Einkommensfragen, sondern regeln beispielsweise auch Inhalt, Abschluss und Beendigung von Arbeitsverhältnissen sowie betriebliche und dienstliche Fragen.

Zudem schlägt sich die Vielfalt der Berufsgruppen im öffentlichen Dienst nicht nur in den 36 Fachgewerkschaften des dbb berlin nieder, sondern auch in zahlreichen eigenen Tarifverträgen. „Ob es der Landesdienst, der Berliner Nahverkehr, die BSR, die Berliner Wasserbetriebe, die Berliner Hochschulen oder die Charité ist, alle haben ihren eigenen Tarifvertrag mit spezifischen Besonderheiten“, erläutert Synnöve Nüchter.

Hier ist die Landestarifkommission gefragt, um die vielfältigen tarifpolitischen Interessen – Einkommens- wie Strukturfragen – zu bündeln, zu beraten und an die Bundesorganisation weiterzugeben.

Unterschiedliche Probleme

„Unterschiedliche Tarifverträge, werfen natürlich unterschiedliche Probleme auf, für die wir als Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Fragen zur Urlaubsübertragung und zur arbeits- und tarifvertraglichen Regelung im Krankheitsfall werden ebenso aufgeworfen wie solche zur Höhergruppierung und zur Eingruppierung. Gerade in Sachen Höhergruppierung herrscht oft Unklarheit: Ab wann habe ich eine höherwertige Aufgabe? Und was ist letztlich der Anteil meiner Arbeit, um eine Höhergruppierung zu bekommen?“, skizziert Nüchter die Praxis im Tarifgeschäft beispielhaft.

Andere Fragen stellten sich beim Abschluss des Arbeitsvertrags, wenn vorherige Berufserfahrungen in einer sogenannten Erfahrungsstufe geltend gemacht werden sollen. Dazu die dbb Tarifexpertin: „Erfahrungsstufe 1 bedeutet keine Berufserfahrung – und auch weniger Geld. Die entscheidende Frage ist, welche einschlägige Berufserfahrung geltend gemacht werden kann.“

Viele Fragen, die im Extremfall sogar nur mithilfe der Rechtsanwälte des dbb Dienstleistungszentrums Ost beantwortet werden können. ■

1. Parlamentarischer Frühschoppen

Ernste Themen in heiterer Atmosphäre

Gewerkschaftspolitik muss keineswegs immer bierernst aussehen. Das hat der dbb berlin bei seinem 1. Parlamentarischen Frühschoppen am 22. April 2017 eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Unter der Schirmherrschaft von Parlamentspräsident Ralf Wieland wurden im „Paulaner am Spreebogen“ munter Diskussionen geführt, Informationen ausgetauscht und Netzwerke geknüpft – das Ganze in ausgesprochen guter Stimmung.

Für die hatte unter den rund einhundert Teilnehmern gleich zu Beginn der Schirmherr gesorgt, der sich spontan einer beginnenden „Frühschoppentradition“ zugeneigt zeigte. Tatsächlich erwies sich die Premiere als vielversprechend, um das von Wieland zitierte „natürliche Spannungsverhältnis von Politik und Gewerkschaften“ zu lockern und eine konstruktive Zusammenarbeit zu pflegen.

An interessanten Gesprächspartnern dafür fehlte es auf beiden Seiten nicht. dbb Landeschef Frank Becker konnte neben dem Parlamentspräsidenten den für den öffentlichen Dienst zuständigen Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen sowie eine Vielzahl von Mitgliedern des Abgeordnetenhauses begrüßen, unter ihnen den SPD-Fraktionsvorsitzenden Read Saleh, den Generalsekretär der CDU, Stefan Evers, die Fraktionsvorsitzende der Linken, Carola Bluhm, und FDP-Landesparteichefin Sibylle Meister. Zu den Gästen zählten ferner die Vorsitzende des Hauptpersonalrats, Daniela Ortmann, Schwerbehindertenvertreterin Sabine Schwarz, Doro Zinke vom DGB Berlin-Brandenburg, Behördenchefs, Vertreter der Bezirke sowie der Sponsoren BBBank und Debeka.

Aus den Reihen des dbb berlin nutzten nicht nur die Landesleitung, sondern auch ein Großteil des Landeshauptvorstandes sowie die dbb jugend die Gunst der Stunde, um Vorstellungen, Wünsche und Forde-



Bester Stimmung: Parlamentspräsident Ralf Wieland und dbb Landeschef Frank Becker

rungen zu platzieren oder auch hier und dort den Finger auf eine offene Wunde zu legen.

Vom dbb bund vertieften die stellvertretenden Bundesvorsitzenden Ulrich Silberbach, Thomas Eigenthaler und Astrid Hollmann bei dem Frühschoppen ihre Kontakte zur Berliner Politik.

Zufrieden zeigte sich denn auch Gastgeber Frank Becker beim Ausklang der Veranstaltung: „Unser Frühschoppen ist bei Politik und Verwaltung sehr gut angenommen worden. Ernste Themen brauchen nicht zwangsläufig einen starren Rahmen. Gegenseitiges Verständnis und Verständigung stellen sich in lockerer Atmosphäre oft sehr viel leichter ein.“ ■



Finanzminister Matthias Kollatz-Ahnen (Mitte) mit Frank Becker und Thomas Eigenthaler (links), Astrid Hollmann (2. von rechts) und Ulrich Silberbach (rechts) von der dbb Bundesleitung

Vereinfachung für Personalräte

Zustimmung kann auch per E-Mail verweigert werden

Personalräte können vom Personalratsvorsitzenden oder dessen Stellvertreter unterzeichnete Schreiben mit einer Zustimmungsverweigerung auch eingescannt als E-Mail-Anhang an die Dienststellenleitung übermitteln. Nach einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 15. Dezember 2016 – 5 P 9.15 – ist das Schriftlichkeitsgebot nach § 79 Abs. 3 Satz 4 PersVG Berlin damit erfüllt. Für die Fristwahrung stellt das Urteil eine deutliche Erleichterung dar.

Mit zunehmender Digitalisierung hat sich in derartigen Fällen immer dringlicher die Frage gestellt, ob für die Einhaltung der Schriftform immer eine handschriftliche Unterschrift durch den Vorsitzenden bzw. seinen Stellvertreter erforderlich ist, oder ob auch der Versand einer E-Mail ausreicht.

Das Bundesverwaltungsgericht hat mit seiner Entscheidung zum Bundespersonalvertretungsgesetz jetzt für Klarheit gesorgt. Danach hat der Personalrat seine Zustimmung zu einer beabsichtigten Maßnahme des Dienststellenleiters auch dann schriftlich im Sinne des § 69 Abs. 2 Satz 5 BPersVG verweigert, wenn er das Verweigerungsschreiben eingescannt und als PDF-Datei im E-Mail-Anhang an den Dienststellenleiter übersendet. Die eigenhändige Unterschrift des Vorsitzenden des Personalrats kann insofern auch bildlich wiedergegeben werden.

Die anderslautende Regelung des § 126 Abs. 1 BGB, die eine eigenhändige oder notariell beglaubigte Namensunterschrift vom Aussteller einer Urkunde verlangt, gelte unmittelbar nur für das Schriftformerfordernis des Privatrechts, stellten die Richter klar. Auch für eine entsprechende Anwendung fänden sich im BPersVG (wie auch im PersVG Berlin) keine Regelungen. Unter dem Begriff „schriftlich“ könne vielmehr jede Verstetigung einer Gedankenerklärung durch Schriftzeichen verstanden werden. Dazu gehörten auch Texte, die elektronisch erfasst, übermittelt und gespeichert werden. Ob die Verstetigung in einer Urkunde oder in einem anderen Medium erfolgt, sei mit Blick auf den Wortlaut unerheblich.

Dynamische Interpretation möglich

Einwände, dass beim Inkrafttreten des Bundespersonalvertretungsgesetzes eine ausschließlich elektronische Übermittlung und Speicherung von Texten nicht möglich bzw. üblich gewesen und der dort verwendete Schriftlichkeitsbegriff mit der Vorstellung einer Verkörperung von Schriftzeichen in einer Urkunde verbunden gewesen ist, ließen die Richter

nicht gelten. Eine dynamische Interpretation des Merkmals „schriftlich“ werde dadurch nicht ausgeschlossen.

In seiner Urteilsbegründung sieht das Bundesverwaltungsgericht vielmehr die entscheidenden Zwecke der Schriftlichkeit, nämlich ihre Identitätsfunktion, ihre Vollständigkeits- und auch ihre Verifikationsfunktion durch eingescannte Schreiben erfüllt.

„Die Identitätsfunktion soll sicherstellen, dass der Aussteller der Urkunde erkennbar und identifizierbar ist. Dafür bedarf es nicht notwendig einer Originalunterschrift. Für die Feststellung von Person und Identität des Erklärenden ist es vielmehr ausreichend, wenn dessen Name angegeben wird“, heißt es dazu unter Hinweis auf entsprechende Beschlüsse des Bundesarbeitsgerichts.

Namenswiedergabe reicht aus

Laut Bundesarbeitsgericht hätte zur Wahrung der Identitätsfunktion sogar schon ausgereicht, wenn nur der Name des Personalratsvorsitzenden angegeben worden wäre (vgl. BAG, Beschluss vom 9. Dezember 2008 – 1 ABR 79/07 –).

Der Abschluss- oder Vollständigkeitsfunktion, die im Hinblick auf den Informations- und Klarstellungszweck des § 69 Abs. 2 Satz 5 BPersVG unverzichtbar ist, genüge eine PDF-Datei schon deshalb, wenn in ihr im Anschluss an die Grußformel die Originalunterschrift bildlich wiedergegeben wird. Ausgereicht hätte auch schon die maschinenschriftliche Namenswiedergabe.

Schließlich sieht das Bundesverwaltungsgericht mit dem eingescannten Originalschreiben des Personalratsvorsitzenden auch die Echtheits- und Verifikationsfunktion erfüllt, die gewährleistet, dass die Erklärung inhaltlich von dem Unterzeichner herrührt.

RAin Maria Timmermann

DPoIG Berlin: Personalverschleiß muss ein Ende haben!

Die DPoIG Berlin hat erneut auf planbare Arbeitszeiten für die Bereitschaftspolizei gedrängt. Obwohl dieses zentrale Element für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf seit Jahrzehnten auf der Tagesordnung stehe, habe sich die Situation bei der Berliner Polizei weiter verschlechtert. Der Vorsitzende der DPoIG Berlin, Bodo Pfalzgraf, fordert endlich eine ernsthafte Analyse „ohne Scheuklappen“ und schnelle und auf richtige Lösungsvorschläge von den Verantwortlichen.

Tatsächlich seien alle bisherigen Lösungsansätze wie Lebensdienstzeitkonten, vermehrte Anforderungen von Fremdkräften oder massive Neueinstellungen entweder nicht verfolgt worden oder hätten

keine Wirkung gezeigt, wie die niederschmetternde Entwicklung der Alarmdienste und Dienstzeitverlagerungen in den letzten zehn Jahren zeige. Danach wurden im Jahr 2016 absolute Spitzenwerte mit 591 Alarmierungen (davon 161 Freizeitalarmierungen) und 655 Dienstzeitverlagerungen erreicht.

Alle Versprechungen der Politiker unterschiedlichster Couleur, die auf bessere Planbarkeit von Familie und Beruf abzielten, sind Worte ohne Taten geblieben, beklagt die DPoIG Berlin. „Steigende Einsatzzahlen dürfen nicht einfach auf dem Rücken der Dienstkräfte abgeladen werden. Die Einsatzkräfte der Berliner Polizei fahren auf Verschleiß!“ ■

Endlich Schadenersatz und Schmerzensgeld regeln!

Wenn Polizeiangehörige im Dienst Opfer von Gewalt werden, werden sie von ihren Dienstherrn gern mit dem Hinweis auf die Möglichkeit einer privaten Zivilklage abgespeist. Die Täter allerdings sind allzu häufig weder willens noch in der Lage, Schadenersatz geschweige denn Schmerzensgeld zu zahlen. Die DPoIG fordert deshalb, dass der Dienstherr im Rahmen seiner Fürsorgepflicht die Zahlungen vorstreckt und dann selbst eintreibt.

„Unsere Kolleginnen und Kollegen bleiben immer wieder auf dem Schaden sitzen“, beklagt die DPoIG Berlin.

In Bayern werde bereits die von der DPoIG geforderte Lösung praktiziert, in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg ist sie angestrebt bzw. angedacht. Der Berliner Senat dagegen kenne zwar das Problem, weigere sich aber, den Schadenersatz vorzustrecken und selbst einzutreiben.

Die DPoIG Berlin drängt deshalb weiter auf eine faire Lösung: „Wir wollen eine rasche Entschädigung und keine jahrelangen Warteprozesse, die wir privat be-

treiben müssen, obwohl der Schaden im Dienst zugefügt wird!“

Zum Schadenersatz zählt die DPoIG auch einen angemessenen Ausgleich für sonstige Belastungen, wie etwa familiäre Zusatzaufwendungen für Haushalts-hilfen oder Kinderbetreuung.

„Wir dienen dem Gemeinwohl und erwarten dafür den Schutz der Gesellschaft! Wir haben als Polizei-angehörige eine Treuepflicht gegenüber unserem Dienstherrn; im Gegenzug hat das Land Berlin eine Fürsorgepflicht für uns“, heißt es dazu abschließend in einer entsprechenden Presseerklärung. ■

Gymnasiale Bildung weiter benachteiligt!

Schulstrukturreform in Berlin gescheitert?

Die für Schule in Berlin zuständige Senatorin Sandra Scheeres hat auf einer Pressekonferenz am 15. März 2017 die Begleitstudie zur Schulstrukturreform vorgestellt. Erklärte Ziele der Reform sind Chancengleichheit und Lernerfolg unabhängig von sozialer Herkunft durch individuelle Förderung, Ganztagschulen und bessere Vorbereitung auf das Berufsleben. Das Ergebnis der Begleitstudie ist allerdings eine „Klatsche“, was die tatsächlich erreichten Ergebnisse angeht.

Nicht etwa eine Verbesserung der Leistungen der Schülerinnen und Schüler wurde nämlich bislang mit den Reformbemühungen erreicht, sondern lediglich das, was im Fachjargon als „Reduzierung der Stratifizierung“ oder auch übersetzt als Abbau der Unterschiede zwischen den Schularten bezeichnet wird.

Tatsächlich wurden 80 Prozent der Haupt-, Real- und Gesamtschulen nominell umbenannt und 17 Prozent der Haupt- und Realschulen fusioniert, allerdings ist beides kein Indikator für eine Qualitätssteigerung der schulischen Bildung, sondern zunächst einmal hauptsächlich eine Umetikettierung.

Nicht viel anders verhält es sich mit dem ausgewiesenen beachtlichen Rückgang der Klassenwiederholer von 32 Prozent auf 15 Prozent. Denn der ist nicht etwa auf eklatante Leistungssteigerung der Schülerinnen und Schüler zurückzuführen, sondern lediglich die Folge einer Vorschrift, wonach Wiederholungen an Integrierten Sekundarschulen in der Regel nicht vorgesehen sind.

Nur organisatorische Maßnahme

Die ausgewiesene Reduzierung kleiner Schulen mag eine organisatorische Verbesserung des Schulbetriebes sein, eine gleichzeitige Reduzierung des Anteils der leistungsschwachen Schülerinnen und Schüler lässt sich auch beim besten Willen damit nicht belegen.

Kein Grund zum Feiern bietet insbesondere der Anstieg der Berechtigungen zum Übergang in die gymnasiale Oberstufe für Schüler anderer Schularten. Denn der wird sogar mit Leistungsrückgängen erkaufte. Sehr unterschiedliche Bewertungsmaßstäbe der Integrierten Sekundarschulen bei den Noten führen überdies nur aus formalen Gründen zu den erhöhten Berechtigungszahlen.

Inwieweit die Zusammenführung ehemaliger Haupt- und Realschulen mit ehemaligen Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe zu einer neuen Schulform

sachgerecht war, bleibt offen, solange es weiterhin Integrierte Sekundarschulen gibt, die sich in der Regel aus ehemaligen Hauptschulen gebildet haben. Bei Letzteren haben sich allerdings zum Nachteil der leistungsschwachen Schüler die Rahmenbedingungen, so z. B. die Klassenfrequenz, verschlechtert.

Erfolg ist ausgeblieben

Fazit: Die mit viel Aufwand unter Benachteiligung der Gymnasien umgesetzte Reform weist Ergebnisse aus, die ihren Ansprüchen und Zielsetzungen bei Weitem nicht gerecht werden. Insbesondere der von SPD-Politikern im Vorfeld propagierte Lernerfolg unabhängig von der sozialen Herkunft ist nicht eingetreten.

Nicht unerwähnt bleiben soll in diesem Zusammenhang schließlich, dass zur Steigerung des Anforderungsniveaus der Integrierten Sekundarschulen (ohne gymnasiale Oberstufe) nach wissenschaftlichen Erkenntnissen Lehrkräfte mit Abiturerfahrung, also Studienräte, wichtig wären. Das wiederum spricht ganz klar für eine differenzierte Lehrerbildung. Völlig in die falsche Richtung geht deshalb die von der Senatorin aus der Studie gezogene Schlussfolgerung, die Lehrerbildung für alle allgemeinbildenden Oberschulen müsse frei nach dem Motto „alle Lehrkräfte sollen alles unterrichten können“ vereinheitlicht werden. Damit wird die Qualität der gymnasialen Bildung in Berlin ernsthaft gefährdet. Aus den Ergebnissen der Studie ist diese Absicht auch nicht nachvollziehbar.

Fachwissenschaftliche Kompetenz erhalten

Wie lange die anderen Bundesländer die Lehrerbildung des Landes Berlin angesichts der offenen Frage der fachwissenschaftlichen Kompetenz insbesondere für den gymnasialen Bereich akzeptieren werden, sei noch dahingestellt. Außer Frage steht aber schon jetzt, dass die SPD-Bildungspolitik den Berliner Schülerinnen und Schülern seit Jahren schlechte Ergebnisse bei Vergleichstests mit den anderen Bundesländern beschert.

Wie lange die Berliner Eltern sich diese ideologisch geprägte, nicht qualitätsorientierte schulische Bildungspolitik noch gefallen lassen, müssen die zukünftigen Wahlen zum Abgeordnetenhaus beantworten.

*Ferdinand Horbat (stellvertretender Vorsitzender
Deutscher Philologenverband Berlin/Brandenburg)*

DJG startet Unterschriftenaktion

Mit einer Unterschriftenaktion macht die Deutsche Justizgewerkschaft Berlin (DJG) jetzt Front gegen die Weigerung von Justizsenator Dirk Behrendt, alle Justizwachtmeisterinnen und Justizwachtmeister in die Zahlung der sogenannten Sicherungszulage einzubeziehen. Die Zulage wird gegenwärtig nur den Mitarbeitern an einigen Gerichten gezahlt.

Die Aktion soll der Politik die Augen dafür öffnen, dass ausnahmslos alle Kolleginnen und Kollegen des Justizwachtmeisterdienstes dafür sorgen, dass sich Beschäftigte, Besucher, Bürger, Präsidenten und schließlich auch der Senator für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung selbst in ihren Dienstgebäuden sicher und geschützt fühlen können und die schlechtere Bezahlung außerhalb der Gerichte nicht gerechtfertigt ist. Schon

allein die hohe Zahl der bei den Eingangskontrollen zu den Justizdienststellen konfiszierten sicherheitsrelevanten Gegenstände spreche hier eine deutliche Sprache.

Justizkolleginnen und -kollegen sind aufgerufen, mit ihrer Unterschrift gegen die unterschiedliche Bezahlung gleicher verantwortungsvoller Tätigkeiten zu protestieren. Unterschriftenlisten stehen bei den DJG-Vertrauensleuten und auf der Homepage www.djg-berlin.eu zur Verfügung. Unterschriebene Listen bitte senden an:

Peter Liebheit
Gesamtpersonalrat der Berliner Justiz
Kirchstr. 7
10557 Berlin

Landesjugendausschuss: Satzung überarbeitet

Der neu gewählte Landesjugendausschuss der dbb jugend berlin hat bei seiner ersten ordentlichen Sitzung im Februar 2017 die Satzung der Vorgängerorganisation gründlich überarbeitet und aktualisiert. Schon im Vorfeld der Veranstaltung hatten die Mitglieder der Landesjugendleitung viel Zeit und Mühe investiert, um Änderungs- und Verbesserungsvorschläge auszuarbeiten, die im Verlauf einer sehr ausgiebigen und konstruktiven Diskussion bei der Aus-

schusssitzung noch weiter angereichert worden sind und bis zum nächsten Treffen des Landesjugendausschusses in das Papier eingearbeitet werden sollen.

Gäste der Veranstaltung waren der dbb Landesvorsitzende Frank Becker, die Vorsitzende der dbb jugend Bund, Sandra Kothe, und Johannes Gutekunst von der Debeka, der über Möglichkeiten der Absicherung bei Dienst- und Erwerbsunfähigkeit informierte.

Kurz notiert:

Jetzt Reisedokumente beantragen!

Die Berliner Bürgerämter bitten die Berlinerinnen und Berliner, frühzeitig vor Beginn der Sommerreisezeit die Gültigkeit ihrer Reisedokumente zu überprüfen.

Denn wer einen neuen Reisepass oder Personalausweis benötigt, muss von der Antragstellung über die Herstellung der Dokumente in der Bundesdruckerei bis zur Abholung im Bürgeramt eine Bearbeitungszeit von bis zu vier Wochen einplanen.

Deshalb im Bedarfsfall schon jetzt einen Termin in einem Berliner Bürgeramt vereinbaren unter www.berlin.de/terminvereinbarung oder Bürgertelefon 115.

Welche Ausweisdokumente zur Einreise ins jeweilige Reiseland benötigt werden und wie lange diese noch gültig sein müssen, steht auf der Webseite des Auswärtigen Amtes: <http://www.auswaertiges-amt.de/laenderinfos>.

Ireen Gallwitz und Martin Kusber

Engagiert in der Landesjugendleitung

Ireen Gallwitz und Martin Kusber komplettieren als stellvertretende Landesjugendvorsitzende das starke Quintett, das die Jugendarbeit des dbb berlin maßgeblich prägt. Beide sind, wie die schon im hauptstadt magazin vorgestellten drei anderen Mitglieder der Landesjugendleitung (Ausgabe Dez. 2016 und Ausgabe Jan./Feb. 2017) Gewerkschafter aus tiefer Überzeugung.

Die 26-jährige Ireen Gallwitz entschloss sich bereits zu Beginn ihres Studiums der Rechtspflege, dem Bund Deutscher Rechtspfleger im dbb beizutreten, weil sie von Anfang an einen zuverlässigen Ansprechpartner an ihrer Seite haben wollte, der die Interessen angehender und fertig ausgebildeter Rechtspfleger kennt und kompetent vertritt. „Das möchte ich nunmehr den jungen Bediensteten ans Herz legen und ihnen die Bedeutung einer Gewerkschaft näherbringen“, begründet sie ihr Engagement in der Landesjugendleitung.

Aktives Handeln ist gefragt

Für Martin Kusber war die Unklarheit über die Zukunft seines Ausbildungsjahrgangs während des Studiums an der Fachhochschule für Finanzen in Königs Wusterhausen der Auslöser für sein gewerkschaftliches Engagement. „Bis kurz vor Abschluss des Studiums war unklar, wie die Übernahme aussehen würden. Für mich war nach erfolgreicher Übernahme klar, dass sich an diesem Zustand etwas ändern muss. Meckern half hier nicht, aktives Handeln war gefragt. Deshalb habe ich mich 2010 der neu gegründeten DSTG Jugend Berlin angeschlossen“, schildert er den Beginn seines gewerkschaftlichen Interesses.



Für aktives Handeln: Martin Kusber

Bei der bloßen Mitgliedschaft in ihren Fachgewerkschaften haben es weder Ireen Gallwitz noch Martin Kusber in der Folge bewenden lassen, sondern beide haben recht schnell Verantwortung in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit übernommen. Ireen Gallwitz, zu deren Schwerpunktinteresse auch Haushaltsangelegenheiten zählen, vertritt die jungen Kolleginnen und Kollegen mittlerweile nicht nur im BDR, sondern auch als stellvertretende Vorsitzende der GJAV der Berliner Justiz.

Probleme aufdecken und anfassen

„Ich habe schnell bemerkt, dass man so etwas bewegen kann. Und mir ist es noch immer wichtig, Probleme aufzudecken und anzufassen. Mein Ziel ist es, den Jugendlichen unter die Arme greifen zu können – denn nur zusammen ist man ein starkes Team“, hebt sie gegenüber dem hauptstadt magazin hervor.

Martin Kusber, zu dessen Interessensgebieten auch das Tarifrecht zählt, ist mittlerweile stellvertretender Vorsitzender der DSTG Jugend Berlin und Rechnungsprüfer der DSTG Jugend Bund. Von bundesweiten Kontakten zu Vertretern der Landesjugendleitungen der DSTG hat er sehr profitiert: „Durch den regelmäßigen Erfahrungsaustausch habe ich gemerkt, dass es eine Menge zu tun und zu verbessern gibt. Dies kann aber nur geschehen, wenn man aktiv etwas tut und hierfür ist die Gewerkschaftsarbeit genau das Richtige. Ich freue mich sehr auf die gemeinsame Arbeit in der Landesjugendleitung der dbb jugend berlin und hoffe, dass wir unsere Ideen und Ziele erfolgreich umsetzen werden.“

Das hauptstadt magazin wünscht ihm und natürlich auch den anderen vier Mitgliedern der Landesjugendleitung dabei viel Erfolg.



© Andra Godbersen (2)

Ireen Gallwitz setzt auf Zusammenhalt.

Miträtseln lohnt sich

Mit VIP-Karten ins Revuetheater

Auf VIP-Plätzen des Friedrichstadt-Palastes können die Gewinner unseres Preisrätsels jeweils mit einer Begleitung die Mega-Show „The One“ bequem mit viel Beifreiheit und bester Sicht genießen. Denn das hauptstadt magazin verlost unter den richtigen Einsendungen zwei Gutscheine für zwei Personen, die Eintritt, Garderobengebühr, Programmheft und sogar noch ein Begrüßungsgetränk beinhalten. Einlösbar sind die Gutscheine bis 30. November 2017 (nach Verfügbarkeit).

Also: Einfach miträtseln, Lösungswort bis 18. Mai einsenden an:
 dbb berlin, post@dbb.berlin oder Fax: 030/327952-20. (Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.)

Luftdruckmesser	▼	deutscher Künstler (Joseph)	Fährte, Abdruck	▼	ein Europäer	Luftreise	▼	Ostgermane	▼	Honigwein	Sorte, Gattung	Eisenanziehendes Metall	▼
Ballabgabe	▶							Stadt in Nebraska (USA)	▶				2
Museum in Paris			die erste Frau, Ahnherrin	▶					4			Vorsilbe: unterhalb (lat.)	
▶						übermenschliches Wesen	▶						
Übriggebliebenes			Schulranzen						Fluss z. Rhein, aus der Eifel	vollendete Entwicklung			
▶		6											
männliche Anrede		Funkortung						früherer Name Thailands				am Tagesanfang	
▶													
herbei, hierher (ugs.)	▶							Stern im Sternbild Walfisch				Nussstrauch	
Herstellung farbiger Fensterbilder	germanischer Gott des Feuers			Empfangszimmer	▼	locker, wacklig	traurig, freudlos	▼	in höherem Maß, größerer Menge	▶	8		
▶					5							Wind am Gardasee	
Platz, Stelle	▶			mittelgroßer Papagei	▶				edle Blume	▶			
alkoholisches Getränk		griechischer Liebesgott					Geld zurücklegen	▶					3
▶	7			nach Abzug der Kosten	▶					zu der Zeit, während	▶		

Die Gewinner von April

Glücksgöttin Fortuna hat im April Markus Bretzel aus 14163 Berlin und Dirk Kramp aus 10245 Berlin

gewinkt. Beide können sich über ein „Starlight-Express-Merchandise-Paket“ freuen. ■

Zur Person

Berndt Schmidt schreibt Erfolgsgeschichte mit dem Friedrichstadt-Palast

Wenn Berlin heute mit seinem Friedrichstadt-Palast neben Paris als einzige europäische Stadt über ein großes Revuetheater verfügt, so ist das nicht zuletzt das Verdienst des Mannes, der 2007 die Leitung des damals stark angeschlagenen Showtheaters übernommen hat und seitdem von Superlativ zu Superlativ eilt, nämlich Intendant und Geschäftsführer Dr. Berndt Schmidt. In einem Gespräch mit dem hauptstadt magazin skizziert Schmidt u. a., wie es gelungen ist, den noch vor zehn Jahren totgesagten Revuen neues Leben einzuhauchen.

„Tatsächlich glich die Leitung des Friedrichstadt-Palastes zu Beginn meiner Amtszeit einem Ritt auf der Rasierklinge“, erinnert sich Schmidt. Das Überleben des Theaters konnte nur durch radikales Entrümpeln gesichert werden – und zwar auf allen Ebenen, d. h. bei der Beleuchtung ebenso wie bei Tontechnik, bei Kostümen und Bühnenbildern. Insbesondere aber musste das angestaubte Programm mit seinen überholten Tanzformationen neu konzipiert und modernen Ansprüchen angepasst werden. Kurzum es galt, den Friedrichstadt-Palast, der nach seiner Blütezeit in den 20er-Jahren zunächst als Nazipropagandabühne („Theater des Volkes“) und dann als Vorzeigeobjekt der DDR hatte herhalten müssen, in ein Theater zu verwandeln, das dem freien und offenen Selbstverständnis des heutigen Berlin entspricht.

Shows immer erfolgreicher

Der Erfolg der mutigen und radikalen Umstrukturierung der größten Theaterbühne der Welt trat schnell



Intendant Berndt Schmidt hat radikale Umstrukturierungen vorgenommen.

ein: Tatsächlich eilt der Friedrichstadt-Palast mit seinen seit 2007 gezeigten fünf großen Revuen von Besucherrekord zu Besucherrekord. Nicht weniger als 470 000 Menschen hat die aktuelle Grand Show „The One“ seit ihrer Weltpremiere am 6. Oktober vergangenen Jahres in ihren Bann gezogen. Die Auslastung lag im ersten Quartal 2017 bei über 95 Prozent. Und die Besucherstatistik belegt noch weitere positive Trends: „Auch die Berliner selbst gehen wieder gern in den Palast. Insgesamt ist unser Publikum ‚großstädtischer‘ und auch jünger geworden“, merkt Schmidt dazu an. Tatsächlich sank der Altersdurchschnitt parallel mit dem „verjüngten“ Programm auf mittlerweile nur noch 38,9 Jahre und liegt damit gut 16 Jahre niedriger als bei den anderen Bühnen der Stadt.

Überhaupt muss der Friedrichstadtpalast den Vergleich mit anderen Berliner Theatern nicht scheuen. Im Gegenteil, mit jährlich 700.000 Besuchern ist er mit Abstand die Nr. 1. Mit einer geringen Subventionierung aus der Berliner Kulturförderung (16 Euro pro Karte) müssen rund 80 Prozent der Kosten selbst erwirtschaftet werden (bei Opern sind es rund 20 Prozent).

Kassenschlager Grand Show

Das Hauptprogramm des Friedrichstadt-Palastes, die Grand Show, läuft jeweils zwei Jahre und muss – bei



Produktionskosten von mittlerweile 11 Millionen Euro – schon deshalb jedes Mal zum Kassenschlager geraten, weil die auf zwei Jahre befristete Zusammenarbeit mit dem Kreativteam und dem Bühnensensemble keinen Programmwechsel wie in Schauspieltheatern oder Opernhäusern zulässt. Gefloppt werden darf also nicht. Entsprechend sorgfältig sind die Vorarbeiten für jede neue Show, für die nicht nur zündende Ideen, sondern immer wieder auch Autoren, Komponisten, Regisseure und Artisten gesucht werden müssen, denn nur die 16 köpfige Showband und die 60 Tänzerinnen und Tänzer der Ballettcompagnie sind dauerhaft am Palast engagiert.

Intendant Schmidt führt den Friedrichstadt-Palast nicht nur mit ständig neuen Show-Ideen, wie etwa die Kostümgestaltung durch Jean Paul Gaultier, im laufenden Programm zum Erfolg, sondern auch im wirtschaftlichen Umgang mit seinem 11-Millionen-Budget, das geschickt verwaltet werden will. Immerhin zählt der Palast nicht weniger als 280 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die größtenteils hinter den Kulissen wirken und deren Personalkosten mit 46 Prozent zu Buche schlagen. Es wird sparsam gewirtschaftet und im Gegensatz zum aufwendigen Programm sehr schlank verwaltet. Geschäftsführer und Intendant Schmidt geht selbst mit gutem Beispiel voran, anders als viele Intendanten hat er keine persönlichen Assistenten und teilt sich ein Sekretariat mit dem Verwaltungsdirektor.

Ein Herz für Kinder

Nachwuchsförderung wird im Friedrichstadt-Palast, großgeschrieben. Ein europaweit einzigartiges Kinder- und Jugendensemble mit 250 Kindern ab zehn Jahren erhält hier eine Bühnenausbildung und darf sein Können alljährlich in Kindershow auf der großen Bühne von November bis Januar unter Beweis stellen.

RESPECT EACH OTHER

Losgelöst vom eigentlichen Showgeschäft ist es schließlich ein ganz besonderes Anliegen von Schmidt – auch im Hinblick auf die wechselvolle Geschichte seines Hauses – den Respekt gegenüber allen legalen Sicht- und Lebensweisen zu fördern. Mit dem Statement RESPECT EACH OTHER und den Colours of Respect, die keiner bestimmten gesellschaftlichen, politischen oder sexuellen Richtung verpflichtet sind, hat der Palast eine Kampagne für gegenseitigen Respekt initiiert und vorangetrieben, der sich immer mehr Einrichtungen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens anschließen und zu deren Unterstützern auch der dbb berlin zählt.

Mehr Informationen:
www.palast.berlin

Termine

Die Justizanstalt des Offenen Vollzugs lädt am 19. Mai 2017 von 12 bis 18 Uhr zu einem Tag der offenen Tür in die Robert-von-Ostertag-Str. 2, 14163 Berlin, ein. Die Besucher können sich unter anderem in Gesprächen mit Bediensteten und Gefangenen über die Rahmenbedingungen des offenen Männervollzugs informieren, die Teilanstalt besichtigen oder auch Pflanzen aus der anstalts-eigenen Gärtnerei und Arbeiten aus den Werkstätten erwerben.

Eine Infoveranstaltung der DJG Berlin zum Thema „Beihilfe“ findet am 31. Mai 2017 ab 14 Uhr in den

Räumen des Verwaltungsgerichts Berlin, Plenarsaal, statt. Anmeldungen werden bis zum 15. Mai 2017 per Mail an peter.liebeheit@gpr-justiz.berlin.de erbeten. Für Nichtmitglieder wird ein Unkostenbeitrag von 10 Euro erhoben. Wichtig: Wegen Eingangskontrolle bitte unbedingt Dienstaussweis zur Veranstaltung mitbringen.

Die nächste Veranstaltung der Reihe „dbb im dialog“ findet am 30. Mai 2017 statt. Gast des Landeshauptvorstandes des dbb berlin wird der Leiter des Landesverwaltungsamts, Andreas Baumgart, sein.